

# Schicksalhafte Entscheidung und politische Argumentation - Bundestag und Bundesrat zum Euro

*Joachim Starbatty*

## I. Die Kluft zwischen den Deutungsmustern

Die Entscheidung für den Euro gilt als schicksalhaft: für die Bürger, deren persönliches Schicksal mit der D-Mark verknüpft ist, und für die Europäische Union insgesamt, deren zukünftige Entwicklung vom Gelingen der Währungsunion abhängt. Hierüber gibt es innerhalb der „politischen Klasse“<sup>1</sup> keine Meinungsverschiedenheit<sup>2</sup>. Darf aber eine so weittragende, das Schicksal eines jeden einzelnen Bürgers berührende Entscheidung ohne unmittelbare Beteiligung der davon Betroffenen gefällt werden?

Es ist bemerkenswert, daß bei der letzten großen Debatte im Deutschen Bundestag am 23. April 1998 die in der Opposition stehenden Sozialdemokraten und GRÜNEN der Bundesregierung die mangelhafte demokratische Legitimation dieser Entscheidung vorgeworfen haben<sup>3</sup>. Die Bundesregierung hätte den Deutschen die Möglichkeit einräumen müssen, im Rahmen einer Volksabstimmung über den Maastricht-Vertrag abzustimmen. Dieses Versäumnis der Regierungskoalition wiege schwer. Doch ist nicht ganz klar, ob diese Stellungnahmen taktisch gemeint waren (um Sympathiepunkte bei den Wählern zu machen). Wenn die Opposition selbst die Bedenken der Bevölkerung gegen den Eintritt in die Währungsunion, wie er nun vollzogen werden soll, geteilt hätte, dann hätte sie die Möglichkeit gehabt, dies im Bundestag durch eine Ablehnung der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zum Ausdruck zu bringen.

Diese schicksalhafte Entscheidung hat in der politischen Auseinandersetzung nur eine untergeordnete Rolle und im Wahlkampf überhaupt keine Rolle gespielt. Die Parteien bzw. Gruppierungen, die sich ausdrücklich gegen den Beitritt in der Währungsunion

---

<sup>1</sup> Unter „politischer Klasse“ wird - im Sinne Gaetano Moscas - die Gruppe von Akteuren verstanden, die maßgeblich auf das politische Schicksal eines Landes und damit auch die Lebenschancen der Bürger einwirkt und dabei auch vergleichbare Verhaltensweisen und Einstellungen entwickelt.

<sup>2</sup> Nach Auffassung des CDU-Abgeordneten Friedrich Merz stehen Europa und die Bundesrepublik Deutschland „vor einem Quantensprung in ihrer Geschichte“ (BT 21039A), der frühere Bundeskanzler

Kohl spricht von einem „Jahrhundertereignis“ (BT 21051) und der jetzige Bundeskanzler Schröder von „dieser in der Tat historischen Entscheidung“ (BT 21059D).

<sup>3</sup> Es seien zwei Stellungnahmen herausgegriffen. Bei Ingrid Matthäus-Maier (SPD) heißt es (BT 21033B): „Daß die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland damals nicht die Möglichkeit hatten, über den Maastricht-Vertrag im Rahmen einer Volksabstimmung zu entscheiden, ist einzig und allein die Schuld dieser Koalition. Das ist bedauerlich“. - Joschka Fischer (DIE GRÜNEN) beklagt (BT 21074A), „daß wir den Mut nicht hatten, eine Volksabstimmung durchzuführen... Es hätte dem europäischen Integrationsprozeß durch die Bereitschaft des deutschen Volkes, in seiner Mehrheit mitzugehen, sehr gutgetan, wenn wir den Schritt zu einer Volksabstimmung gewagt hätten. Diesen Schritt hätten die Bundesregierung und die Koalition machen müssen“.

ausgesprochen hatten, sind bei der Bundestagswahl 1998 auch bei partiell hohem publizistischen Aufwand nicht über eine Marginalisierung hinausgekommen. Die Bürger hatten überwiegend den Eindruck gewonnen, daß das Schicksal der D-Mark wohl besiegelt sei und daß es deswegen keine Rolle spiele, welche von den Parteien, die potentielle Regierungsgewalt hätten übernehmen können, gewählt würde. Freilich ist nicht ausgeschlossen, daß Wähler der Regierungskoalition, die sich durch deren Politik nicht mehr repräsentiert sahen oder an der Nase herumgeführt fühlten, den Rücken gekehrt haben.

Wie ist es zu erklären, daß die politische Klasse sich nicht die Bedenken, Sorgen und auch Ängste der Bevölkerung zueigen gemacht und warnende Stimmen aus der Wissenschaft als Bedenkenträger abgetan hat, ja sogar als Gegnerschaft zu Europa diskreditiert hat? Natürlich ist der Eintritt in die Währungsunion nicht mit der Währungsreform von 1948, die viele Wähler ganz hautnah erlebt haben, zu vergleichen; da hat die politische Klasse völlig recht. Wie war die Situation vor der Währungsreform von 1948? Bündel labberiger Geldscheine, Lebensmittelkarten, leere Warenregale, schwarze Märkte. Wie war sie nach dem Stichtag? Neues Geld, Preisreform, volle Warenregale, keine Lebensmittelmarken und keine schwarzen Märkte mehr. Die D-Mark wurde ein Erfolg: Vom Kellerkind zum Weltstar (Hans Roeser). Nun wird sie gegen den Euro eingetauscht, von dem ein Teil der politischen Klasse behauptet, er werde so stabil wie die DM.

Warum gibt es diese Kluft zwischen den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung und dem politischen Willen der politischen Klasse? Die Erklärung dafür liefert der Philosoph Karl Popper: Wenn wir die Welt erkennen wollen, so brauchen wir Deutungsmuster (Theorien), die den jeweiligen Befund bewertend einordnen. Das zuversichtliche Deutungsmuster der politischen Klasse lautet: Die gemeinsame Währung mache Deutschland und Europa stärker; sie sichere die bisherigen Integrationserfolge; sie nehme den europäischen Partnern die Furcht vor einem wirtschaftlich übermächtigen Deutschland und mache so den Frieden sicherer; sie sei der entscheidende Schritt zu einer politischen Union. Das skeptische Deutungsmuster lautet: Ziel der gemeinsamen Währung sei eigentlich die Abschaffung der D-Mark und der Deutschen Bundesbank; von ihr fühlten sich die Mitgliedstaaten der EU bevormundet; das Geschwätz um die Amtsdauer des Präsidenten der Europäischen Zentralbank dokumentiere die Politisierung der gemeinsamen Währung, bevor sie überhaupt da sei; sie bereite den Boden für eine Konflikt- und Transferunion.

Es ist verständlich, daß Anhänger des zuversichtlichen Deutungsmusters Sachverhalte, die zur Zurückhaltung Anlaß gegeben hätten - entsprechend dem Grundsatz: Stabilität geht vor Zeitplan -, entweder nicht zur Kenntnis nehmen oder als Grund für den raschen Eintritt in die Währungsunion ansehen. So wurde der Vorwurf mangelnden Nachweises nachhaltiger finanzpolitischer Disziplin mit dem Hinweis gekontert, daß bei einer Verschiebung des Eintritts in die Währungsunion oder bei Ausschluß derjenigen Länder, deren Nachweis nicht erbracht sei, mit einem Abbruch des haushaltspolitischen Sanierungsprozesses gerechnet werden müßte<sup>4</sup>. Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.) befürchtete

---

<sup>4</sup> Vgl. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Die Währungsunion - Deutschlands Interesse und Verantwortung, Bonn 1997, S. 10f.

(BT 21044C): „Die Verschiebung der Währungsunion... würde die neue, gemeinsame Stabilitätskultur aufs Spiel setzen“. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß finanzpolitische Sanierungsprozesse aus nationalem Interesse erfolgten, weil ansonsten die nationalen Haushalte wegen Überschuldung immer weniger manövrierfähig seien<sup>5</sup>.

## II. Stellung der Europäischen Zentralbank und gemeinsame Stabilitätskultur

### 1. Zwei Philosophien

Der massive Angriff Lafontaines auf die Bundesbank unmittelbar nach der Regierungsübernahme ist Ausdruck einer zentralen ordnungspolitischen Auseinandersetzung: Soll die Notenbank durch monetäre Disziplin Anpassungsdruck auf Politik und Gesellschaft ausüben? Oder soll sich die Politik diesem Druck durch eine akkommodierende Geldpolitik entziehen können? Unüberbrückbar stehen sich in Europa zwei Philosophien gegenüber: Geld und Geldpolitik sind als Instrumente für Wachstum und Beschäftigung zu wichtig, als daß sie den Notenbank-Technokraten überlassen werden können - die traditionelle französische Sicht. Die deutsche Gegenposition beschreibt und begründet das Bundesverfassungsgericht in seinem Maastricht-Urteil von 1993 (BVerfGE 89, 155 <208f.>): Geld und Geldpolitik werden einer unabhängigen Notenbank übertragen, „um das Währungswesen dem Zugriff von Interessentengruppen und der an einer Wiederwahl interessierten politischen Mandatsträger zu entziehen“. Eine unabhängige Zentralbank sichere „den Geldwert und damit die allgemeine ökonomische Grundlage ... eher als Hoheitsorgane, die ihrerseits in ihren Handlungsmöglichkeiten und Handlungsmitteln ... auf die kurzfristige Zustimmung politischer Kräfte angewiesen sind“. Diese Klarstellung setzt jene ins Unrecht, die den Verteidigern der Notenbankautonomie ein „vordemokratisches Politikerverständnis“ vorhalten<sup>6</sup>. Das informelle Treffen der EU-Regierungschefs in Pörschach hat gezeigt, daß die Notenbankautonomie als konstitutives Element der Stabilitätspolitik von den Regierungen immer weniger akzeptiert wird<sup>7</sup>.

Die beiden Philosophien sind in einem Grundsatzartikel von Giorgio La Malfa und Franco Modigliani miteinander konfrontiert worden. Die beiden Autoren werfen Licht und Schatten auf die beiden Philosophien: Schatten auf eine vorrangig am Ziel Preissta-

<sup>5</sup> Siehe hierzu Theo Waigel (BT 21032C): „In der Öffentlichkeit bei uns, aber auch in anderen Ländern wird immer wieder gesagt, wegen des Euro müßten so viele Einschränkungen, Konsolidierungsanstrengungen und auch Beschneidungen von Ansprüchen stattfinden. Dazu sage ich: Das ist falsch. Alles, was jetzt bei uns und in anderen Ländern geschieht, müßten wir in unserem ureigenen nationalen Interesse selbst anpacken und durchsetzen“.

<sup>6</sup> So Claus Noé, jetzt Staatssekretär in Lafontaines Finanzministerium, Geld ist Politik. Die Währungshüter der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank müssen sich endlich der öffentlichen Debatte stellen, in: DIE ZEIT, Nr. 45, 29. Oktober 1998, S. 28.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: Mario Müller und Christian Wernicke, Lockruf des Zinses. Europas linke Regierungen tasten die Unabhängigkeit des Notenbank an - die Hüter des Euro setzen sich zur Wehr, in: DIE ZEIT, Nr. 45, 29. Oktober 1998, S. 29.

bilität orientierte Geldpolitik - die Politik der Deutschen Bundesbank, die die hohe Arbeitslosigkeit in den Beitrittsstaaten für die Währungsunion zu verantworten habe -, Licht auf eine am Beschäftigungsziel orientierte Geldpolitik<sup>8</sup>. Wir wollen nicht näher auf die brüchige methodologische Basis dieses Artikels eingehen, der aus der Parallelität von zwei Phänomenen ohne nähere Begründung auf Ursache-Wirkungszusammenhänge schließt, sondern auf den weitgehenden Einfluß, den dieser Artikel offensichtlich auf das Denken sozialdemokratischer Politiker ausgeübt hat. Es sei daher die zentrale programmatische Aussage von La Malfa und Modigliani dokumentiert: „Die für den Euro Verantwortlichen und die Beitrittsländer müssen sich auf umfangreiche, schnelle sowohl öffentliche als auch private Investitionsprogramme verpflichten. Die Methoden, um ein solches Resultat zu erreichen, sind bekannt; aber es ist notwendig, daß die Regierungen und die Europäische Zentralbank die Verantwortung übernehmen, diese Programme zu realisieren. Außerdem muß der Stabilitätspakt neu definiert werden unter Einbeziehung der Verpflichtung, das laufende Budget ausgeglichen zu halten, aber mit der Erlaubnis, Investitionsprogramme durch Staatsschulden zu finanzieren - unter der Bedingung, daß sie ökonomisch gerechtfertigt sind, wobei sie gegebenenfalls einer Kontrolle durch gemeinschaftliche Institutionen unterzogen werden. Es ist nicht offensichtlich, daß ein Rückgang der Arbeitslosigkeit heutzutage ein sofortiges Aufflammen der Inflation bewirke. Dagegen erscheint es angemessen, daß die Sozialpartner in dieses Programm durch eine konzertierte Aktion einbezogen werden, ähnlich jener, die in Italien seit 1992 erfolgreich ist. Das würde es den monetären Stellen ermöglichen, ihre Anstrengungen auf die Erreichung der durch das Programm festgelegten Investitionsziele zu konzentrieren. Im Gegensatz zu den Beschlüssen des Luxemburger Gipfels müßten die Mitgliedstaaten sehr wohl ihre Wirtschaftspolitik streng koordinieren, um Ungleichgewichte in ihren Handelsbilanzen zu vermeiden“.

Bei der Formulierung der Notenbankverfassung im Maastricht-Vertrag hat sich die deutsche Verhandlungsposition durchgesetzt<sup>9</sup>; anders wäre die politische Abschaffung der D-Mark nicht zu begründen und durchzusetzen gewesen. Die anderen Verhandlungsdelegationen haben dies akzeptiert, weil nur so die stabilitätsorientierte Dominanz der Bundesbank beendet werden konnte. Die Regierungskoalition hat daraus den Schluß gezogen, daß die bewährte deutsche Tradition durch den Maastricht-Vertrag zu einer ge-

<sup>8</sup> La Malfa und Modigliani sehen „Europa heute tief in zwei Lager geteilt: auf der einen Seite die ‚orthodoxe Vision‘, gemäß derer die einzige Aufgabe der Europäischen Zentralbank in der Schaffung eines harten und prestigeträchtigen Euro besteht; auf der anderen die Überzeugung, daß die Hauptaufgabe in einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit besteht und der Euro dazu dienen soll. Seit langem ist es das erste der beiden Lager, das die europäische Szene beherrscht und seine Spielregeln aufzwingt. Die andere fügt sich, um nicht die Einführung des Euro und der neuen Zentralbank zu gefährden, in der Hoffnung, daß diese gezwungen sein wird, sich sensibler gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit zu verhalten“. Giorgio La Malfa und Franco Modigliani, Vorsicht! Die Euro-Arbeitslosigkeit könnte den Euro zu Fall bringen, *Le Monde* (Horizons-Débats), 7. März 1998 (eigene Übersetzung). Dieser Artikel ist ursprünglich in italienischer Fassung in „La Stampa“ erschienen. - Giorgio La Malfa ist Präsident der Republikanischen Partei Italiens und Mitglied des Europäischen Parlaments, Franco Modigliani, em. Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), ist Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft (1985).

<sup>9</sup> Der frühere Kanzler Kohl (BT 21053C) selbst hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesregierung eine wesentliche Rolle bei der Durchsetzung des Statuts der EZB gespielt habe.

meinsamen Überzeugung geworden sei - erkennbar inzwischen an den niedrigen Inflationsraten im gesamten EU-Raum. Diese Überzeugung prägte die Stellungnahmen der Regierungskoalition: Allein die EZB bestimme über die Knappheit und damit über den Wert des neuen Geldes - so der frühere Finanzminister Waigel (BT 21031A); nach Auffassung des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl (BT 21093C) seien alle notwendigen Voraussetzungen für dauerhafte Stabilität getroffen - zuallererst der Stabilität der Währung. Daher - so der CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble (BT 21069B) - werde die europäische Währung so stabil sein, wie es die D-Mark in ihren besten Zeiten gewesen sei. In Genschers Abschiedsrede (BT 21045B) klang freilich Besorgnis mit. Er wies auf die Querelen um die Besetzung und Amtszeit des EZB-Präsidenten hin: „Quälende Personaldiskussionen in der Öffentlichkeit können den Start nur erschweren und Vertrauen beschädigen“. Er sah daher die Stabilität der Währung nicht endgültig institutionell gesichert, sondern als dauernden Auftrag für die EZB (BT 21045B): „Der Präsident und die Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank müssen durch ihre Kompetenz, durch ihre Unabhängigkeit und durch das Vertrauen, das sie genießen, die Rolle der Zentralbank als Hüterin der Stabilität in Europa vor jedem Zweifel bewahren“.

Es ist bemerkenswert, daß sich ähnlich bekräftigende oder fordernde Formulierungen nach einer unabhängigen EZB und der Vorrangigkeit der Geldwertstabilität bei Sprechern der Sozialdemokratie oder der GRÜNEN nicht finden. Sie verstehen unter Stabilität auch die auf den Arbeitsmärkten. Sie kehren den Zusammenhang zwischen Geldwert und Beschäftigung um: Während für die damalige Regierungskoalition Geldwertstabilität über niedrige Realzinsen mehr Beschäftigung schaffe, sah Ingrid Matthäus-Maier bei fehlender Stabilität auf den Arbeitsmärkten die Stabilität des Geldes in Gefahr. Ganz in diesem Sinne auch Gerhard Schröder<sup>10</sup>.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und frühere Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, hat diese Position der Sozialdemokratie besonders deutlich und unmißverständlich vertreten: Wer den Begriff der Stabilität auf die Preisstabilität im Inneren verenge, verliere wesentliche Felder des Wirtschaftslebens aus dem Blick (BR 173). Die Stabilität einer sozialen Demokratie sei in Gefahr, wenn die Arbeitslosigkeit in Europa weiter hoch bleibe. Er machte deutlich, daß eine offensive Makropolitik hier Abhilfe schaffen könne (BR 174) und daß die Geldpolitik der Bundesbank bisher hinderlich gewesen sei. Es ist offensichtlich, daß Lafontaine sich von Modigliani hat inspirieren lassen - er zitierte sogar einen Artikel von ihm -, wenn er die Erfolgsaussichten des Euro im Zusammenhang mit den täglichen Fehlentscheidungen auf dem Arbeitsmarkt sah (BR 177). Er berief sich auch auf Strauß-Kahn: Die Politik brauche eben nicht nur den stabilitätspolitischen Anker, sondern auch den arbeitsmarktpolitischen und währungspolitischen Pfeiler (BR 176). Lafontaine monierte ferner, daß die Stabilität nach

---

<sup>10</sup> „Die Stabilität des neuen Geldes hat auch etwas mit stabilen ökonomischen und sozialen Verhältnissen in Deutschland und in Europa zu tun. Um diese Verhältnisse zu schaffen, haben sich andere - ich füge hinzu: sozialdemokratisch geführte - Regierungen in Dänemark, in England, in Frankreich längst auf den Weg gemacht. Zu erreichen, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der europäischen Politik gestellt wird, haben sich die deutschen Sozialdemokraten mit ihren Partnern in Europa zusammen vorgenommen. Das werden sie ab dem 27. September diesen Jahres auch in die Tat umsetzen“ (Gerhard Schröder, BT 21062D).

außen nicht habe bewahrt werden können: In seiner Kindheit sei der Dollar noch mit 4 DM gehandelt worden, und ein Französischer Franc nach heutiger Währung sei werthaltiger als die Deutsche Mark gewesen. Diese Verschiebung der Währungsrelationen habe natürlich erhebliche Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung gehabt (BR 173). Wenn sein Hinweis auf diese Entwicklung der Währungsrelationen einen politischen Sinn haben soll, dann doch den, daß die Bewertung der Währungsrelationen nicht den Marktakteuren, sondern der Politik unterliegen solle. Dann ist aber eine eigenständige, an Geldwertstabilität orientierte Politik nicht länger möglich.

Damit läßt sich klar dokumentieren, daß Lafontaines Vorstellungen seit jeher auf die Indienststellung der Geldpolitik für arbeitsmarkt- und währungspolitische Zwecke abstellte. Heute ist das allgemein bekannt, doch war der innere Dissens bei der Beurteilung der Stellung und der Aufgabe der europäischen Notenbank spätestens seit der Bundestags- und Bundesratsdebatte offenbar. Die Ministerpräsidenten Sachsens und Bayerns, Kurt Biedenkopf und Edmund Stoiber, haben es gewußt und auch gesagt<sup>11</sup>.

## 2. Keine gemeinsame Stabilitätskultur

Die Übertragung eines stabilitätspolitisch bewährten institutionellen Arrangements in eine neue Umgebung heißt nicht unbedingt, daß dort die gleiche Politik betrieben wird. Die Bevölkerung muß bereit sein, auch die Kosten zu tragen, die mit einer Dämpfung eines Preisauftriebs verbunden sein können: Höhere Zinsen, steigende Konkurse, vorübergehend höhere Arbeitslosigkeit. Die Haltung der Bevölkerung muß von der Erwartung getragen sein, daß sich eine solche Politik insgesamt auszahle, auch wenn sie im Augenblick schmerzhaft sei. Die Bundesbank selbst hat darauf aufmerksam gemacht, daß sie keine Politik im luftleeren Raum betreibe<sup>12</sup>, also darauf angewiesen sei, daß ihr Kurs von Politik, Gewerkschaften, Verbänden und vor allen Dingen von der Bevölkerung akzeptiert werde. Deshalb ist die Notwendigkeit einer gemeinsamen Stabilitätskultur immer wieder betont worden. Aber auch hier gibt es wieder eine Kluft zwischen damaliger Regierungskoalition und Opposition. Genscher diagnostizierte eine „unbestreitbar neue Stabilitätskultur“ (BT 21043D); für Waigel (BR 188) hat sich in Europa eine

<sup>11</sup> Biedenkopf weist auf die unterschiedlichen Stabilitätsbegriffe hin (BR 196). Noch deutlicher wird Stoiber (BR 201), der die Geschäftsgrundlage der Währungsunion von der europäischen Sozialdemokratie in Frage gestellt sieht. Er zitiert den französischen Innenminister Chevènement: „Wir sind hier in einem dogmatischen Konzept gefangen: die absolute Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank“. Stoiber fährt fort: „Sein Chef, Ministerpräsident Jospin, will den Euro-Rat als Gegengewicht zur unabhängigen Europäischen Zentralbank. Das Parlament in Paris hat einen Euro-Ausschuß eingerichtet, dem die Europäische Zentralbank ihre Legitimation und ihre Berechtigung sozusagen begründen soll, wenn sie Entscheidungen trifft“.

<sup>12</sup> Monatsbericht August 1972, S. 16. - Das frühere Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, Heinrich Irmeler (1972, S. 1071), hat das wie folgt erläutert: „Keine noch so gut ausgerüstete und nach außen noch so gut abgeschirmte Zentralbank kann allein die Stabilität des Geldwertes garantieren. Sie kann das jedenfalls dann nicht, wenn Voll- oder gar Überbeschäftigung aufrecht erhalten werden soll... Rigorose Drosselung der Zuwachsrates der Geldversorgung würde in solcher Lage alsbald die übrigen wirtschaftspolitischen Ziele - besonders das Beschäftigungsziel - verletzen“.

breite Stabilitätskultur entwickelt; für Kohl ist Europa bereits im Vorfeld der Währungsunion zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammengewachsen (BT 21052A). Freilich hätten sich viele Regierungen auf dem Weg dorthin schwer getan (BT 21053D): „Meine Damen und Herren, lesen Sie nur einmal nach - es liegt ja alles jetzt ein paar Jahre zurück -, was an Kommentaren in Paris - ich nenne jetzt Paris, könnte aber auch andere Hauptstädte nennen - geschrieben wurde bei dem Gedanken, daß die Notenbank völlig unabhängig und nur der Stabilität der Währung verpflichtet ist: Das haben viele als einen Anschlag auf die Tradition ihres eigenen Landes verstanden, als einen Anschlag auf die Souveränität. Und das waren nicht nur irgendwelche Stimmen, das waren wesentliche Stimmen der europäischen Politik“.

Feststellungen zur Bekräftigung einer gemeinsamen Stabilitätskultur sucht man in den Auslassungen der damaligen Opposition vergeblich. Für Ingrid Matthäus-Maier (SPD) stand das Ja der Sozialdemokraten (BT 21035C) „in der Kontinuität sozialdemokratischer Wirtschafts-, Finanz- und Europapolitik“. Zwischenruf des Abgeordneten Jochen Feilke (CDU/CDU): „Auweia!“ Joschka Fischer kommentierte die Stabilitätsbekenntnisse mit der Bemerkung (BT 21076C): „Stabilität wird hier als Fetisch gehandhabt“. Man müsse wissen (BT 21076D), „daß Frankreich eine andere Kultur hat und daß Frankreich vor zehn Jahren, seit Mitterrand, die Politikwende durchgeführt hat und auf Stabilitätskurs gegangen ist und einen enorm hohen Preis zahlt in Form von Arbeitslosigkeit und sozialer und zunehmend auch politischer Destabilisierung. Das große Problem, das ich sehe, ist, daß, wenn wir weiterhin die Stabilität so einseitig, wie Sie es getan haben, definieren, der Euro sehr schnell politisch unter Druck geraten wird - das wird das große Problem sein -, weil die anderen Länder diese Stabilitätspolitik nicht nachvollziehen wollen und nicht nachvollziehen können, ohne in eine politische und soziale Destabilisierung hineinzulaufen“<sup>13</sup>.

Daß Lafontaines Interpretation Auffassung der europäischen Stabilitätskultur im Widerspruch zu der von Kohl, Genscher und Waigel steht, muß nicht mehr nachgewiesen werden<sup>14</sup>. Damit ist klar dokumentiert, daß noch nicht einmal die Parteien des Deut-

<sup>13</sup> Joschka Fischer hat sich bei dieser Feststellung auf einen Bericht des Handelsblatts über die entscheidende Sitzung der französischen Nationalversammlung (22. April 1998) bezogen. In dieser Sitzung hat die Währungsunion die letzte parlamentarische Hürde genommen. Vgl. hierzu Eric Bonse, François Mitterrands verflixtes Erbe. Frankreich hat die Euro-Geldwertstabilität mit politischer Instabilität erkaufte, Handelsblatt vom 23. April 1998, S. 2.

<sup>14</sup> Oskar Lafontaines Charakterisierung der Position Frankreichs (BR 179) wirft ein Licht auf dessen zweifelhafte Bereitschaft, in Zukunft eine unabhängige Geldpolitik, die im Widerspruch zu beschäftigungspolitischen Vorhaben steht, hinzunehmen: „Der Staat Colberts, die Französische Republik, hatte auf die Gestaltung der Geldpolitik schon lange Jahre verzichtet - das war ja das Problem - und hat jetzt die Zentralbank unabhängig gemacht; lange Zeit mit den Traditionen Frankreichs völlig unvereinbar! Frankreich hat sich bereit erklärt, Befugnisse an eine europäische Instanz abzugeben. Das geschah mehr der Not gehorchend, weil die Geldpolitik faktisch schon lange Jahre in Frankfurt gemacht worden ist“. – Auf diesen Punkt hat auch Ministerpräsident Edmund Stoiber (BR 201) aufmerksam gemacht: „Wie Jospin will auch die SPD letzten Endes die Stabilität der Währung falschen beschäftigungspolitischen Maßnahmen unterordnen. Kollege Lafontaine hat in seinem Debattenbeitrag Stabilität in einer eigenartigen Weise gegen die Instabilität des Arbeitsmarktes ausgespielt“.

schen Bundestages auf dem Boden gemeinsamer Stabilitätskultur stehen. Die Forderungen Wim Duisenbergs nach einer gemeinsamen europäischen Stabilitätskultur unterstreichen diese Feststellung<sup>15</sup>.

### III. Die außenwirtschaftliche Komponente

Im Gegensatz zu dem fundamentalen Dissens bei der Bedeutung der Stabilität sind die Stellungnahmen zur außenwirtschaftlichen Komponente von großer Einmütigkeit: Der Euro werde die Exportchancen der deutschen Wirtschaft in der EU verbessern und sei auch die passende Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Die einzig dazu kontroverse (und ökonomisch schlüssige) Stimme kommt aus der PDS.

#### 1. Entwicklung des Exports innerhalb der EU

Übereinstimmend wird als Vorteil der Wegfall der Kurssicherungskosten (Informations- und Transaktionskosten) hervorgehoben. Dies ist einer der wesentlichen Vorteile jeder Vergrößerung eines Währungsraumes oder der Bildung einer Währungsunion<sup>16</sup>. Wirkt dies aber dermaßen exportsteigernd wie im Bundestag erwartet? Für die Mehrzahl der deutschen Exporteure gilt, daß sie überwiegend in D-Mark fakturieren, die Kurssicherungskosten also auf die Handelspartner überwälzen können. Werden diese aber nun ihrerseits verstärkt deutsche Produkte nachfragen? Dabei ist zu bedenken, daß zumindest seit 1993 das Wechselkursänderungsrisiko geringer geworden ist, weil die potentiellen Teilnehmerländer bislang der Geldpolitik der Ankerwährung folgten und damit auch die Wechselkurse stabilisierten. Insofern dürften die aus dem Wegfall der Kurssicherungskosten resultierenden positiven realen Effekte gering sein. Weiter muß man berücksichtigen, daß diese realen Effekte nicht bloß in eine Richtung laufen: Erhöhte Importe aus den EU-Mitgliedstaaten können bisher geschützte inländische Arbeitsplätze bedrohen.

Als wesentlicher wird wohl angesehen, daß innerhalb der EU Exportchancen der deutschen Wirtschaft durch Wechselkursänderungen nicht mehr zunichte gemacht werden

---

<sup>15</sup> Wim Duisenberg (1998, S. 3): „Ohne eine ausgeprägte Stabilitätskultur, ohne die breite Unterstützung der Bevölkerung und ohne eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik ist ein stabiler und international anerkannter Euro auf Dauer nicht möglich“. - EU-Kommissionspräsident Jacques Santer wies darauf hin, daß es nicht einfach sein werde, in der von großen Unterschieden geprägten Union eine Stabilitätskultur zu entwickeln. (Ralf Neubauer, Pariser Störfeuer, Die Welt, 1. Juli 1998. Abgedruckt in Deutsche Bundesbank/Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 40, 2. Juli 1998, S. 9)

<sup>16</sup> Stellvertretend für diese Auffassung soll der frühere Finanzminister Theo Waigel zu Wort kommen (BR 6): „Aus dem Wegfall des Wechselkursrisikos werden nicht nur Großunternehmen Vorteile schöpfen. Insbesondere unserer mittelständischen Wirtschaft wird die einheitliche Währung helfen, Europa als Absatz- und Beschaffungsmarkt zu erschließen. Mittelständische Firmen werden aber auch als Zulieferer großer Unternehmen gewinnen“.



können<sup>17</sup>. Nun muß aber berücksichtigt werden, daß über das Wechselkursventil unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen und Preissteigerungsraten ausgeglichen werden. Wer also Aufwertungen der DM als Minderungen des Exports beklagt, muß nachweisen, daß diese aus ökonomischer Sicht nicht gerechtfertigt waren oder sogar politisch provoziert worden sind. Die SPD-Abgeordnete Ingrid Matthäus-Maier berichtete aus ihren persönlichen Erfahrungen (BT 21033C): „Ich erinnere mich zum Beispiel an einen Vorgang in meinem Wahlkreis im Herbst 1994. Dort besuchte ich zufällig zehn Tage nach der Abwertung der Lira das Stahlwerk Klöckner-Mannstaedt. Dort war die Stimmung miserabel. Wir müssen Leute entlassen, hieß es. Darauf sagte ich: Wieso, was ist denn los? Es ist doch alles in Ordnung! - Man sagte: Die Lira ist in den Keller gegangen. Darauf sagte ich: Das ist doch erst zehn Tage her! Das könnt ihr doch nicht schon jetzt spüren! - Wohl, sagten sie. Schon nach fünf Tagen hatten Italiener Aufträge an dieses deutsche Stahlwerk storniert, weil sie durch die Abwertung der Lira die deutsche Rechnung in Mark mit sehr viel mehr Lire bezahlen mußten als vorher. Dann haben sie die Aufträge in andere Länder vergeben“.

Der Fall der Lira-Abwertung ist in der öffentlichen Diskussion immer wieder als Beweis für die ökonomische Notwendigkeit des Euros herangezogen worden. Prüft man die Entwicklung des Preisniveaus und der Leistungsbilanz in Italien und berücksichtigt man zusätzlich, daß Kapitalverkehrskontrollen den Kurs der Lira stützen sollten, so war ersichtlich, daß die Lira seit geraumer Zeit überbewertet war und daß das Ausscheiden aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) Konsequenz ökonomischer Notwendigkeit war. Dann freilich ist nicht auszuschließen, daß die Akteure an den Märkten davon ausgehen, die italienische Regierung suche nun - frei von den Zwängen des EWS, so unvollkommen sie auch gewirkt haben - ihr Heil in inflatorischer Flucht. Sie stoßen daher Lira-Bestände ab, um der erwarteten Abwertung zuvorzukommen. So schaffen oder verstärken sie ihrerseits die Fakten, denen sie ausweichen wollen. Ein solches „overshooting“ ist immer dann zu erwarten, wenn ein künstlich stabilisierter Kurs freigegeben wird und über das Verhalten der verantwortlichen Regierung keine verlässlichen Informationen vorliegen. Die Ursache für solche Verwerfungen ist freilich in der künstlichen Stabilisierung von Wechselkursen zu suchen. Daraus erwächst dann die Frage, wie falsche Austauschrelationen, wie sie auf Grund unterschiedlicher Produktivitätsentwicklungen oder überzogener Lohnansprüche auch in einer Währungsunion auftreten können, bereinigt werden können?

Es ist bemerkenswert, daß allein Gregor Gysi als Sprecher der PDS ökonomische Logik in diesen Teil der Aussprache einbrachte (BT 21048D): „Ob Frau Matthäus-Maier, ob die Sprecherin der GRÜNEN, ob CDU/CSU oder F.D.P., alle würdigen am Euro, daß sich die Exportchancen Deutschlands erhöhen würden. Wenn das dann so ist, dann müssen doch andere Produktionsunternehmen in anderen Ländern darunter leiden. Anders ginge es doch gar nicht. (Beifall bei der PDS) Das heißt, wir wollen den Export Deutschlands erhöhen und damit die Industrie in Portugal, Spanien und anderen Ländern schwächen. Die werden verostdeutsch, weil sie diesem Export nicht standhalten

---

<sup>17</sup> Theo Waigel (BT 21032A): „Schließlich kann Lohnmoderation nicht mehr - wie in Deutschland noch vor wenigen Jahren - durch Aufwertungen der D-Mark konterkariert werden“.

können. Das ist eines der Probleme, das zu einer weiteren Spaltung innerhalb Europas führt“. Weiter verwies Gysi auf die unterschiedlichen regionalen Wirkungen der Intensivierung des Handelsaustausches innerhalb der EU (BT 21049A): „Es geht selbst innerhalb der verschiedenen Länder um unterschiedliche Regionen. Es haben doch nur die Regionen etwas davon, die in erster Linie vom Export leben. Was ist denn mit jenen Regionen auch in Deutschland, die kaum exportieren? Sie wissen, daß der Exportanteil der ostdeutschen Wirtschaft fast null ist. Sie hat überhaupt nichts davon. Im Gegenteil, die Binnenmarktstrukturen werden durch Billigprodukte und Billiglöhne systematisch zerstört werden“.

## 2. Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung

Die Stellungnahmen betonen zum einen die Vorteile, die mit einer gemeinsamen Währung bei zunehmender Globalisierung verbunden sind, und zum anderen die Vorteile der exportierenden Wirtschaft. Es fällt auf, daß diese Gesichtspunkte in der Debatte mit am meisten genannt werden, daß sie aber kaum oder nur unzulänglich analytisch fundiert sind.

Es wird besonders darauf abgestellt, daß der Euro das beste Mittel gegen die internationale Währungsspekulation sei, so Ingrid Matthäus-Maier (BT 21033D). Natürlich ist offenkundig, daß bei einem kleinen Volumen von Transaktionen bereits geringe Umsatzänderungen mit starken Kursbewegungen einhergehen - der sog. Mocca-Tassen-Effekt. Nun kann man aber nicht behaupten, daß der D-Mark-Währungsraum entsprechend klein und unbedeutend wäre. Nach dem Dollar und weit vor dem japanischen Yen, dem eigentlich nur regionale Bedeutung zukommt, war die D-Mark die zweite Anlagewährung. Insofern war der Markt genügend tief, um einseitige Spekulationen auszubalancieren. Herrscht jedoch allgemein bei den Kapitalanlegern die Auffassung vor, daß eine Währung zur Schwäche oder zur Stärke neige, dann schützt auch ein großes Volumen nicht vor starken Kursausschlägen, wie das Beispiel des US-Dollars immer wieder gezeigt hat.

Ingrid Matthäus-Maier begrüßt (BT 21033D), daß nun die Bürde der Ankerwährung nicht mehr allein von der Mark und der Bundesbank getragen würde, sondern auf breiteren Schultern, nämlich dem Euro und der Europäischen Zentralbank ruhe. Dabei wird übersehen, daß die Rolle der Ankerwährung nicht über politischen Beschluß zugeteilt wird, sondern über die Schaffung von Vertrauenskapital erarbeitet werden muß. Dieses Vertrauen drückt sich in einem sinkenden Zinsniveau, in einer Pflege der Ankerwährung durch ausländische Zentralbanken und durch eine Steigerung des Notenbankgewinns aus. Aber nur wenn die EZB allgemein als Nachfolgerin der Bundesbank akzeptiert wird, kann sie dieses Erbe übernehmen, sonst werden andere Währungen in diese Rolle schlüpfen. Was auf jeden Fall aber für den deutschen Fiskus verloren geht, ist der bisher hohe Notenbankgewinn auf Grund der Tatsache, daß der D-Mark-Währungsraum den nationalen Rahmen weit überstieg. Dieser Notenbankgewinn muß jetzt mit den Partnern geteilt werden.

Der deutsche und schließlich europäische Notenbankgewinn bleibt aber nur dann auf dem jetzigen Niveau, wenn aus der Währungsunion die erhoffte Stabilitätsgemeinschaft wird - die von der damaligen Regierungskoalition erhoffte Stabilitätsgemeinschaft wird (man muß das jetzt immer erläuternd hinzufügen). Wenn dies gelänge, dann in der Tat könnte der Euro dem Dollar den Rang ablaufen und Marktanteile zulasten des Dollars gewinnen. Waigel (BT 21032A) hat zurecht betont, daß mit der Währungsunion zugleich einer der größten Finanzmärkte der Welt entstehe, sich für Anleger und Investoren das Angebot an Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten verbessere und auch transparenter darstelle. Dies würde für internationale Anleger einen hohen Anreiz darstellen, Kapital in Richtung Euro-Zone zu transferieren. Das wirkte einerseits zinsdrückend, andererseits würde so der Euro aufgewertet. Wie der Nettoeffekt für exportierende Unternehmen ausfiele, kann nicht prognostiziert werden; das hinge von den Reaktionen auf Devisen- und Kapitalmärkten und von den jeweiligen unternehmensbezogenen Konstellationen ab. Es wäre nach bisherigen Erfahrungen eher damit zu rechnen, daß die Aufwertungseffekte die Zinseffekte dominieren. Natürlich muß eine solche Aussage vage bleiben. Wir können aber erkennen, daß Aussagen wie die, daß die Zinsen sinken und zugleich die Exporte steigen könnten, nicht haltbar sind.

Unterstellen wir aber einen in Relation zum Dollar schwächeren Euro, was ja gelegentlich als erstrebenswert angesehen wird - das gilt besonders für Lafontaine -, dann muß man von einer im Vergleich zur Praxis der Bundesbank laxeren Geldpolitik ausgehen. Kapitalabflüsse, um der inflatorischen Entwertung zuvorzukommen, werden den Euro in eine Abwertung hineintreiben. Dies wirkt für sich bereits zinstreibend. Dann ferner muß damit gerechnet werden, daß auch Portefeuilles aufgelöst werden, die in Erwartung eines stabilen Euros gehalten oder sogar aufgebaut werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dann die EZB zu einer stark restriktiven Politik Zuflucht suchen muß, um die Abwertung und die Kapitalabwanderung zu bremsen. Ob so ein positiver Nettoeffekt für die exportierende Wirtschaft herauspringt, ist auch hier unsicher. Die Entwicklung der Handelsbilanzen in den Ländern, deren Regierungen mit einer solchen Politik gespielt haben, stimmt bedenklich. Auf jeden Fall gilt aber, daß die nicht oder nur wenig exportierende Industrie schlechter gestellt wird als bisher und die Ausnahme, der Euro könnte dem Dollar Paroli bieten, auf Sand gebaut ist.

Die Aussagen zur internationalen Standortkonkurrenz und zur Stärkung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit, womit wohl Produktivitätseffekte im Zuge der Einführung der Einheitswährung gemeint sind, sind in der Aussprache des Bundestages und Bundesrates nicht näher erläutert worden. Es wird geradezu beschwörend darauf hingewiesen, daß ohne den Euro die deutsche Wirtschaft der Herausforderung der Globalisierung nicht gewachsen sei. Der im ökonomischen Denken ein wenig geschulte Zeitgenosse fragt sich dann natürlich, wer denn überhaupt die Herausforderungen der Globalisierung bestehen könne, wenn nicht die drittgrößte Industrienation und der seit langen Jahren ungekrönte Exportweltmeister unter den größeren Industriestaaten (gemessen am Außenbeitrag in % des BSP). Entweder handelt es sich bei diesen Äußerungen um solche, die Politiker irgendwo gehört, ohne weitere Prüfung übernommen haben und für wahr halten - das würde kein gutes Licht auf die intellektuelle Qualität unserer politischen Klasse werfen - oder um solche, die man der zweifelnden Bevölkerung bloß prä-

sentiert, damit diese sich mit der Aufgabe der D-Mark abfinde, weil es zum Euro keine Alternative gebe - das würde kein gutes Licht auf die moralische Qualität unserer politischen Klasse werfen.

#### **IV. Die binnenwirtschaftlichen Konsequenzen**

In diesem Abschnitt wird die Frage erörtert, in welchem Maße Regierungen, aber auch Verbände und Gewerkschaften bereit sind, nationale Politik an den Notwendigkeiten der Währungsunion auszurichten und wie eine solche Bereitschaft von unserer politischen Klasse eingeschätzt wurde. Dabei interessiert natürlich besonders, welche Rolle dabei Reformen auf den Arbeitsmärkten spielen. Bei fehlender Reformbereitschaft läßt sich auch die Frage nach einem finanziellen Ausgleich nicht länger wegdrängen.

##### **1. Finanzpolitische Disziplin**

Die entscheidende Aussage stammt vom früheren Bundeskanzler Kohl (BT 21054D): Gerade wir Deutschen wüßten aus Erfahrung, „daß die nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen für eine dauerhafte Stabilität und für ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion elementar ist“. Daher hat der frühere Finanzminister alles daran gesetzt, die mehr oder weniger unverbindlichen Kann-Bestimmungen des Art. 104c Maastricht-Vertrag nachträglich in Form eines Stabilitätspakts zu härten. Doch ist der entscheidende Sanktionsautomatismus bei Überschreiten des Defizitkriteriums durch ein automatisches Sanktionsverfahren aufgeweicht worden<sup>18</sup>. Unmittelbar vor Einstieg in die Währungsunion hat Waigel diesen „Pakt“ durch weitere Auflagen zu härten versucht, was nicht auf Gegenliebe bei den Partnerstaaten gestoßen ist<sup>19</sup>. Helmut Kohl hat Theo Waigel für seine unglaubliche Energie und Unverdrossenheit - die auch im eigenen Land nicht immer verstanden worden sei -, mit der er seine Vorstellungen durchgesetzt habe, gedankt (BT 21053D). Aber dieser ausdrückliche Dank zeigt zugleich, daß über den jeweiligen zukünftigen nationalen finanzpolitischen Kurs keineswegs Einvernehmen besteht.

Es ist verständlich, daß Waigel die haushaltspolitischen Konvergenzfortschritte herausstreicht, die nicht zuletzt seinem Pochen auf „drei Komma Null“ zu verdanken sind. Er gibt auch zu, daß bei den Haushaltskonsolidierungen 1997 „Einmalaktionen“ eine bedeutende Rolle gespielt haben. Insgesamt bestand für ihn aber an der Dauerhaftigkeit

---

<sup>18</sup> Vgl. hierzu: W. Steuer, 1997, passim und W. Hankel, W. Nölling, K.A. Schachtschneider und J. Starbatty, 1998, S. 88-96.

<sup>19</sup> Von den Bedenken berichtet Lafontaine (BR 179): „Das, was ich gerade heute auch angesichts der Diskussion über den Stabilitätspakt und die Folgeverhandlungen sowie angesichts der Anrufe, die mich aus Frankreich und aus anderen Ländern erreicht haben - von denen aus Frankreich kann ich das sagen; von denen aus anderen Ländern sage ich es nicht, weil ich darum gebeten wurde -, sagen möchte, ist folgendes: Auch hier sollten wir beherzigen, daß zur Kultur Europas lange Traditionen gehören“.

der Konvergenzanstrengungen kein Zweifel (BT 21029C). Freilich räumte er ein, daß die Konsolidierungspolitik in den meisten Mitgliedstaaten fortgesetzt und in Ländern mit hohem Schuldenstand (Belgien und Italien) intensiviert werden müsse (BT 21029D). Für Friedrich Merz (CDU) ist zukünftig die Beurteilung öffentlicher Haushalte der Mitgliedstaaten keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, weil die öffentlichen Haushalte der Teilnehmerstaaten keine inneren Angelegenheiten mehr seien (BT 21037). Das ist zwar ein Zirkelschluß, aber er klärt immerhin darüber auf, daß die Betonung gemeinsamer Stabilitätskultur, die solche Einmischungen ja überflüssig machen müßte, keine Beschreibung von Realität, sondern eine Wunschvorstellung ist.

Wie schwierig die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt für die Mitgliedstaaten ist, zeigt bereits die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland selbst. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble hat dem damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Gerhard Schröder, angekreidet, daß sich Niedersachsen gegenüber den Anforderungen eines nationalen Stabilitätspakts verschließe, weil es auf unverbindlichen Empfehlungen bestehe (BT 21063D). Aber auch zwischen nahestehenden Parteifreunden gibt es interessenbedingte Differenzen – so reklamieren die Länder eine geringere Quote für sich; sie wollen dem Bund beim Konsolidierungsprozeß den Vortritt lassen<sup>20</sup>.

Es ist wiederum bemerkenswert, daß sich Äußerungen zur Notwendigkeit finanzpolitischer Disziplin weder bei den Sprechern der SPD noch bei denen der GRÜNEN finden. Vielmehr diagnostizierte Joschka Fischer ein „Gerechtigkeitsdefizit“ (BT 21074B). Kristin Heyne, Sprecherin der GRÜNEN, bewertete Waigels Bemühungen um weitere finanzpolitische Zusicherungen als „Hin-und-Her-Gezerre“; der Versuch, „auf den Stabilitätspakt neue Forderungen draufzusatteln“, werde das Vertrauen in der Bevölkerung nicht verstärken (BT 21040B). Der Schwerpunkt bei den Sozialdemokraten liegt auf europa- und weltweiter Koordination der Finanzpolitiken - so Gerhard Schröder (BT 21060A, 21062A). Damit sind einerseits politische Initiativen zur Steuerharmonisierung gemeint<sup>21</sup>, andererseits Abstimmungen auf der Ausgabenseite, um Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen und daraus resultierende finanzpolitische Kehrtwendungen (die frühere Stop and go-Politik, auch bekannt als „britische Krankheit“) zu vermeiden. Dies ist eine politische Wiederaufnahme keynesianischer Ideen, so wie sie La Malfa und Modigliani in ihrem zitierten Artikel postulieren. Allein dies ist bereits eine Kehrtwendung – gegenüber dem Waigelschen Stabilitätspakt. Einigen wenigen Abgeordneten gingen die finanzpolitischen Konvergenzbemühungen nicht weit genug. Jürgen Koppelein (FDP) stimmte dem Eintritt in die Währungsunion zu, obwohl in Deutschland haushaltspolitische Entscheidungen getroffen worden seien, die uns in wenigen Jahren große

<sup>20</sup> Dies wurde von Theo Waigel zurückgewiesen (BR 190): „In diesem Zusammenhang muß ich leider sagen, Herr Ministerpräsident Teufel, daß ich der von Ihnen vorgeschlagenen Aufteilung von 60:40 nicht zustimmen kann, sondern hier und in anderen Bereichen bei der bewährten Aufteilung von 50:50 bleibe. Über die horizontale Defizitaufteilung werden wir uns noch sehr intensiv unterhalten müssen“.

<sup>21</sup> Ingrid Matthäus-Maier (BT 21035B) geht es um die Vermeidung eines Steuersenkungswettlaufs nach unten, der am Schluß überhaupt keinem nütze. - In diesem Sinne auch Kristin Heyne für die GRÜNEN (BT 21041A,B).

Probleme machen würden (BT 21159\*D): „Nebenhaushalte, Kreditaufnahmen von bundeseigenen Einrichtungen, die die aufgenommenen Mittel dem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen mußten, sowie die auf uns zukommenden hohen Pensionslasten, zum Beispiel bei der Post, werden in den kommenden Jahren zu Haushaltsproblemen führen, die das Erreichen der Kriterien auch unter dem Aspekt der geforderten Nachhaltigkeit erschweren werden“. Otto Graf Lambsdorff (FDP) konnte nicht mit „Ja“ votieren (BT 21160\*A), weil die stabilitätspolitischen Erfolge, die er durchaus anerkenne, nicht dem Kriterium der „Nachhaltigkeit“ entsprächen. Wolfgang Schulhoff (CDU) stimmt mit „nein“ und plädiert für eine Verschiebung, damit alle Staaten den Beweis der Nachhaltigkeit ihrer stabilitätspolitischen Bemühungen erbringen könnten. Er beschreibt die „künftige Konfliktlage“ (BT 21162\*C): „Auf der einen Seite die Herren der Geldpolitik, sachbezogen und stabilitätstreu, auf der anderen Seite die EU-Administratoren, leichtfertig sich dem Primat der Politik unterwerfend. Sollten Italien und Belgien von Anfang an der Währungsunion angehören, ist der Konflikt - ich wiederhole - programmiert. Deshalb ist für mich die Aufnahme dieser Länder stabilitätspolitisch nicht vertretbar, obwohl ich durchaus die Konsolidierungsbemühungen der Prodi-Regierung zu würdigen weiß“. Es ist bemerkenswert, daß diese kritischen Stimmen nicht öffentlich zu hören waren, sondern als zu Protokoll gegebene Stellungnahmen nachgelesen werden können.

Eine sorgfältige Gegenüberstellung von dem, was Bundestag und Bundesrat in ihren Entschlüssen vom Dezember 1992 zugesagt haben, und was schließlich stabilitätspolitisch geleistet wurde, liefern die Ministerpräsidenten von Sachsen und Bayern, Kurt Biedenkopf (BR 193ff.) und Edmund Stoiber (BR 199ff.). In diesem Zusammenhang berichtet Biedenkopf von einem für ihn noch „unaufgeklärten Phänomen“. Er bezieht sich auf einen Entwurf, den die zuständigen Europareferenten der Finanzminister aller Bundesländer beraten und einstimmig verabschiedet hätten. Er hätte dem Beschluß des Bundesrates zugrunde liegen sollen. Es sei - so Biedenkopf (BR 198) - „ein Entwurf beraten und einstimmig verabschiedet worden, den wir sofort hätten unterschreiben können. Da stand das alles drin, was noch geleistet werden muß und wie die Aufgaben aussehen. Auf irgendeine miraculöse Weise ist dieser Entwurf verschwunden. An seine Stelle ist die jetzige Beschlußvorlage getreten, die wir für unzureichend halten“.

## 2. Arbeitsmarkt: Wechselseitiger Vorwurf der Blockade

Einmütigkeit besteht über die Notwendigkeit der Reform der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, doch sind die politischen Konsequenzen entgegengesetzt. Waigel verwies - gestützt auf Analysen von OECD und Internationalem Währungsfonds - auf die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, der Modernisierung der Sozialversicherungen und eines leistungs- und investitionsfördernden Umbaus des Steuersystems (BT 21032B). Lafontaine frag nach dem ökonomischen Mechanismus, der die Wechselkurse ersetze, die bisher die „Stoßdämpfer“ der Volkswirtschaften gewesen seien (BR 175). Alle Sprecher der früheren Regierungskoalitionen machen darauf aufmerksam, daß die Zuständigkeit für die Beschäftigungspolitik grundsätzlich bei den Mitgliedstaaten verbleibe (Merz, BT 21037C) und jedes Mitgliedsland seine Hausaufgaben selbst machen müsse (Waigel, BT 21032B). Sie räumten ein, daß erst ein Teil der Refor-

men bei Arbeitsmarktverfassung und Sozialsystemen geschafft sei (Merz, BT 21037C). Sie warfen insbesondere den Sozialdemokraten vor, Reformen blockiert zu haben und weiter blockieren zu wollen, so prononciert Wolfgang Schäuble (BT 21066D): „Wenn es konkret darum geht, unsere eigenen Verhältnisse etwas mehr darauf auf das auszurichten, was andere in Europa und in der Welt machen, damit wir wettbewerbsfähiger sind, dann blockieren Sie immer. Das gilt für das Arbeitsrecht in bezug auf den Kündigungsschutz und für Maßnahmen in der Sozialpolitik, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Das ist die Wahrheit“.

Die damalige Regierungskoalition setzte darauf, daß die mit der Einführung des Euros verbundene höhere Transparenz und die daraus resultierende steigende Wettbewerbsintensität den Reformprozeß beschleunigen werde; der Euro werde den frischen Wind der Modernisierung nach Europa bringen (Waigel, BT 21032C). Hans-Dietrich Genscher (BT 21045B) sieht die Währungsunion als Initialzündung für eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in den Mitgliedstaaten der Union.

An diesen Feststellungen ist zweierlei bemerkenswert: (1) In den theoretischen Analysen zu optimalen Währungsräumen ist als Grundvoraussetzung für eine Währungsunion die Integration der Arbeitsmärkte und deren flexible Arbeitsweise herausgearbeitet worden, um als Stoßdämpfer wirken zu können. Die Sprecher der früheren Regierungskoalition kehren die Reihenfolge um: Erst kommt die Währungsunion; da diese nur bei flexiblen Arbeitsmärkten und Sozialsystemen erfolgreich sei, würden sich die Mitgliedstaaten zu Reformen gezwungen sehen. Dies ist die altbekannte und bisher wenig bewährte Sachzwangstrategie. (2) Es handelt sich bei den notwendigen Reformen letztlich um die Zurückschneidung des Wohlfahrtsstaates. Diese Aufgabe ist bislang in den meisten Mitgliedstaaten nur hinhaltend, wenn überhaupt angegangen worden, weil die Politiker ihre Wahlchancen nicht schmälern wollten. Wenn sie nun glauben, sich hinter dem Euro verstecken zu können, würde dies dessen Akzeptanz nicht gerade steigern.

Auch die Sprecher der damaligen Oppositionsparteien sehen den Zusammenhang zwischen Euro und Reformdruck, wollen jedoch die daraus resultierenden Konsequenzen auffangen, in dem sie auch in der EU die Arbeitsmarktpolitik in den Mittelpunkt der Politik stellen. Schröder warnte vor der Ansicht, daß man über den mit dem Euro entfaltenen Druck auf europäischer Ebene durchsetzen könne, was man national nicht bewältigen könne (BT 21059D). Ein solcher Druck wird auf zwei verschiedenen Ebenen erwartet - in Hochlohnländern und in Ländern mit niedrigerer Produktivität. Um den Druck auf die Hochlohnländer aufzufangen, will Lafontaine europaweite Mindeststandards einführen. Ihm geht es vornehmlich um die Sicherheit von Arbeitsplätzen; dies gehört für ihn zum zivilisatorischen Erbe Europas (BR 178). Doch wird die nationale Verpflichtung auf solche Mindeststandards in den Niedriglohnländern die Lohnnebenkosten erhöhen und zugleich die unternehmerische Anpassungsflexibilität mindern, was die Beschäftigung reduzieren wird. Wer kommt für die Kosten dieser Arbeitslosigkeit auf?

Der auf Länder mit niedrigerer Produktivität ausgehende Wettbewerbsdruck ist von Schröder (BT 21061A) schlüssig herausgearbeitet worden: „Diese verglichen mit Deutschland schwächeren Wirtschaften werden auf Grund der fehlenden Möglichkeit der Abwertung, mit der sie ihre Schwäche ausgleichen könnten, Probleme bekommen. Deren Möglichkeiten, darauf mit der Senkung ihrer Standards oder mit verstärkter Pro-

duktivität zu antworten, sind angesichts ihrer Wirtschaften begrenzt. Es gibt nur zwei Alternativen: Entweder erleben wir Wanderungsbewegungen, die aber an den kulturellen und an den tatsächlichen Möglichkeiten der europäischen Länder scheitern, oder das Verlangen nach Transfers von den starken in die schwachen Länder wird übermächtig werden“.

Welches ist die beschäftigungspolitische Antwort der Sozialdemokraten? Das Arbeitslosenproblem soll nicht nur durch Vorantreiben nationaler Reformen, was ja im wesentlichen auf Deregulierung und Entstaatlichung hinausgelaufen wäre, sondern über eine gemeinschaftliche europäische Beschäftigungspolitik angepackt werden. Diese europäische Antwort enthält - soweit erkennbar - folgende Elemente:

- Aktive Arbeitsmarktpolitik (beispielsweise Frankreichs gezielte Aktion gegen Jugendarbeitslosigkeit),
- Setzung von Mindeststandards,
- Abstimmung der nationalen Lohnpolitiken,
- keynesianisch orientierte Makropolitik unter Einbeziehung der EZB (z.B. im Sinne des Ausbaus und der Finanzierung europäischer Verkehrsnetze),
- Koordination der nationalen Politiken, um nationale Schieflagen in Form defizitärer Leistungsbilanzen zu vermeiden.

Die damalige Regierungskoalition warf der Opposition vor, nationale Reformen zu blockieren. Diese hielt ihrerseits Sprechern der CDU/CSU und F.D.P. vor, sie hätten aus ideologischen Gründen immer wieder eine aktive Beschäftigungspolitik hintertrieben und dies gerade auch auf europäischer Ebene (Ingrid Matthäus-Maier, BT 21034).

### 3. Transferunion: So absurd wie eine Hungersnot in Bayern?

Der Ministerpräsident von Luxemburg, Claude Juncker, hat auf die Sorgen des bayerischen Ministerpräsidenten, Transferleistungen seien in der großen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion potentiell eher möglich als in einer kleinen, geantwortet: „Transferleistungen sind so absurd wie eine Hungersnot in Bayern“<sup>22</sup>. Doch ist bei der Diskussion der Konsequenzen höherer Wettbewerbsintensität im Euro-Club bereits die Denkbarkeit, vielleicht sogar Unausweichlichkeit von Transfers angesprochen worden. Diese liegen ja durchaus in der Logik einer Währungsunion, wenn die realen Wechselkurse zwischen den verschiedenen EU-Regionen nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Werden bislang Zahlungen aus den Kohäsionsfonds geleistet, damit sich wirtschaftlich schwächere Mitgliedstaaten auf die Währungsunion vorbereiten können, dann entspricht es ökonomischer und politischer Logik, daß Transfers geleistet werden, um schwächere Mitgliedstaaten in der Währungsunion zu halten.

Womöglich bestand gerade Waigel deshalb so energisch darauf, daß die Währungsunion keine Transferunion sein werde (BR 190). Darüber hinaus forderte er: „Wer sich für die Teilnahme an der Währungsunion qualifiziert, kann nicht mit fortgesetzten Transfers

---

<sup>22</sup> Zitiert nach Edmund Stoiber (BR 203).



aus dem Kohäsionsfonds rechnen“. Aber auch Waigel weiß (BT 21032B), daß die Entwicklung zu einer Transferunion Konsequenz der jeweils betriebenen Politik ist: „Eine Sozial-, Lohn- und Steuerunion würde diese Entwicklung zur Transferunion vorprogrammieren“. Der frühere Bundeskanzler Kohl erinnerte an die vertragliche Regelung des Art. 104b - keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers -, doch müsse man einmal ehrlich sagen, „was wir mit dieser Entscheidung anderen zugemutet haben“ (BT 21054B). Derjenige, der überstürzt hohe europaweite Standards im Sozialbereich fordere, müsse ihm Antwort geben, so Kohl (BT 21055A), wie er das mit der These verbinde, daß die Transferunion abzulehnen sei; er provoziere sie mit einer solchen These geradezu<sup>23</sup>.

Eine Auswertung der Stellungnahmen der damaligen Opposition ergibt keine klare Ablehnung einer Transferunion. Auch wenn es nicht gesagt wird, so gewinnt der Leser doch den Eindruck, daß Transfers eingesetzt werden könnten, um Regierungen in Niedriglohnländern soziale Mindeststandards akzeptabel erscheinen zu lassen<sup>24</sup>. Womöglich will man so Lohndruck und Zuwanderung so gering wie möglich halten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß man gerade dadurch heraufbeschwört, was man unbedingt vermeiden will. Ist nämlich die Realisierung sozialer Standards nicht durch entsprechende Produktivitätszuwächse gedeckt, so steigt die Arbeitslosigkeit und somit der Drang, in Regionen mit besseren Verdienst- und Beschäftigungsmöglichkeiten auszuweichen.

Oskar Lafontaine hat im Bundesrat die Konstellationen skizziert, bei denen sich Transferzahlungen als unausweichlich erweisen könnten (BR 175): „Gelingt es nicht, die Bereiche der Makropolitik europaweit zu koordinieren, gelingt es nicht, zu einem Miteinander der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Lohnpolitik usw. zu gelangen, dann wird es zu Transferzahlungen kommen, Vertrag hin oder her. Er wird dann der Realität weichen müssen, wie so oft in der Geschichte“. Man könnte daraus auch den umgekehrten Schluß ziehen: Gelingt es, die Bereiche der Makropolitik europaweit zu koordinieren usw., ohne daß das zu spürbaren Erfolgen auf den nationalen Arbeitsmärkten führte, weil sich nun die Tarifpartner immer weniger auf die eigene Tatkraft besinnen, sondern auf öffentliche Beschäftigungsprogramme verlassen, wie kann man dann, wenn die Senkung der Arbeitslosigkeit als eine europäische Aufgabe angesehen wird, Transfers zwischen den Mitgliedstaaten verweigern?

Der Start in die Währungsunion „wäre eine Fahrt zwischen Szylla und Charybdis“ vermutet deshalb Liesel Hartenstein (SPD), die, wenn ich mir ein persönliches Urteil erlauben darf, den Mut zu einem „Nein“ zur Währungsunion wegen fehlender Voraussetzungen aufgebracht hat. „Was geschähe denn“, so fragt sie sich (BT 21102D), „wenn unter dem Druck steigender Arbeitslosigkeit und schwindender Staatseinnahmen sowie ein-

<sup>23</sup> Ministerpräsident Biedenkopf hat in der Aussprache des Bundesrates festgehalten (BR 197), der Bundeskanzler habe in der öffentlichen Anhörung durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages darauf hingewiesen, „daß wir noch Auseinandersetzungen wegen Transferleistungen vor uns haben werden“.

<sup>24</sup> Daß diese Vermutung nicht abwegig ist, zeigt die programmatische Äußerung in der Regierungserklärung von Kanzler Schröder, den europäischen Integrationsprozeß in Richtung einer Sozial- und Umweltunion voranzutreiben (Deutscher Bundestag, 3. Sitzung, 10. November 1998, Stenographischer Bericht, Internet-Version). Das ist ohne interregionale Transfers nicht zu machen.

sturzgefährdeter Sozialsysteme neue Schuldaufnahmen getätigt würden - und das nicht nur in einem Land, sondern in mehreren Ländern gleichzeitig. Dann gibt es doch mit hoher Wahrscheinlichkeit nur zwei Möglichkeiten: entweder wackere Transfers von den stärkeren in die schwächeren Länder oder aber eine Aufweichung des Euro... Damit käme ein fatales Roulette ins Rollen: Inflation und Kaufkraftverluste, Flucht der Kapitalanleger, höhere Zinsen, sinkender Außenwert“.

## V. Die politische Union

Es ist ein schwieriges Unterfangen, die komplexe Materie des Verhältnisses von Währungsunion und Politischer Union, wie sie auch in den politischen Debatten zum Ausdruck kam, angemessen zu erfassen. Aber es soll doch versucht werden, die Grundlinien nachzuzeichnen. Eine zusammenfassende Wertung: Über die Fraktionsgrenzen hinweg wird eine politische Fundamentierung der Währungsunion für notwendig gehalten, doch gehen die Auffassungen über deren Ausgestaltung auseinander.

Eine beckmesserische Anmerkung vorweg. Theo Waigel stellte fest (BT 21028), daß sich Großbritannien, Schweden und Dänemark politisch entschieden hätten, der Währungsunion zunächst noch nicht beizutreten. Großbritannien und Dänemark haben dabei von ihrem Recht auf „Opting out“ Gebrauch gemacht. Ein solches Recht kann Schweden nicht für sich reklamieren. Bei Erfüllung der Konvergenzkriterien hätte es sich der Teilnahme an der Währungsunion nicht entziehen dürfen. Die EU-Kommission hat daher das Fernbleiben Schwedens mit der Nichterfüllung des Wechselkurskriteriums begründet. Freilich gilt dies auch für Finnland und Italien, wie Waigel selbst festgestellt hat (BT 21029A).

Die Auffassung Genschers (BT 21043A), Maastricht sei die Antwort auf die europäischen Bruderkriege, wird von der politischen Klasse weitgehend geteilt; die Währungsunion könne als Grundstein oder zumindest als wesentlicher Bestandteil einer europäischen Friedensordnung angesehen werden<sup>25</sup>. Hierzu gehört auch die Betonung der europäischen Verankerung Deutschlands (Merz, BT 21038). Da die übrigen Schritte in Richtung einer politischen Union nur versprochen und noch nicht einmal skizziert sind, bedeutet europäische Verankerung faktisch, daß die Deutsche Bundesbank ihre Ankerfunktion im Rahmen des EWS an die EZB abtritt, die gemeinschaftlich gesteuert wird; die asymmetrische Willensbildung wird also durch die symmetrische abgelöst.

---

<sup>25</sup> In diesem Sinne Waigel (BT 21032D), Kohl (BT 21051D), Schäuble (BT 21064B) und Scharping (BT 21069D). - Auf die Möglichkeit eines friedensstörenden gemeinsamen Geldes wies Gysi (PDS) hin (BT 21050A): „Es ist davon gesprochen worden, daß eine Währung Frieden herstellen kann. Ich glaube das nicht. Das gilt nur, wenn die Voraussetzungen dafür stimmen. Nämlich nur dann, wenn es gelingt, Spannungen abzubauen, ist eine Währung friedenssichernd. Wenn aber dadurch neue Spannungen entstehen, kann auch eine gegenteilige Wirkung erzielt werden. Das wissen Sie. Sie wissen, daß die einheitliche Währung in Jugoslawien keinen Krieg verhindert hat. Er war einer der schlimmsten der letzten Jahre“.

Der Maastricht-Vertrag läßt die sicherheits- und außenpolitischen Perspektiven sowie die Institutionalisierung einer politischen Union bewußt unklar. Dies ist allgemein kritisiert worden. Es wurde vielfach darauf hingewiesen, daß eine „hinkende Konstruktion“, so wie sie die Währungsunion nun einmal darstelle, auf sich allein gestellt, keine Überlebenschancen habe<sup>26</sup>. Die auf Maastricht nachfolgende Regierungskonferenz sollte hier Abhilfe schaffen<sup>27</sup>. Zwar hat Kohl (BT 21057B) dem Amsterdamer Vertrag positive Seiten abzugewinnen versucht, weil die vereinbarten Reformschritte vor allem für die Erweiterung der EU um die Länder Mittel- und Osteuropas entscheidend seien, doch ist die hierfür entscheidende Umgestaltung des Willensbildungsprozesses bei Ministerrat, EU-Kommission und Europäischem Parlament nicht geleistet worden. Insofern mußten die Ergebnisse dieses Gipfels enttäuschen<sup>28</sup>.

Positiver können Sozialdemokraten und GRÜNE den Amsterdamer Gipfel werten, da in den Vertrag ein neues Beschäftigungskapitel aufgenommen worden ist. Dies ist gegen inhaltenden und schließlich schwächer werdenden Widerstand der deutschen Bundesregierung durchgesetzt worden. Die frühere Bundesregierung hat diese neue gemeinsame Verantwortung auf die Koordination nationaler Beschäftigungspolitiken beschränken wollen, während Sozialdemokraten hierin die Grundlage für eine gemeinsame europäische Beschäftigungspolitik sehen. Daher verstehen sie unter politischer Union vor allem Harmonisierung und Koordination von Politiken, wozu - so Ingrid Matthäus-Maier (BT 21036A) - die frühere Bundesregierung nicht die Kraft gehabt habe; so auch Gerhard Schröder (BT 21060A). Bei genauer Analyse der Einlassungen von CDU/CSU und F.D.P. ergibt sich, daß sie einer solchen Koordination reserviert gegenüber stehen, weil sie beispielsweise bei einer Sozialunion weitere finanzielle Belastungen befürchteten<sup>29</sup>.

Die politische Geschichte, die in diesem Fall weitgehend auch Wirtschaftsgeschichte ist, hat gezeigt, daß Währungsunionen, ja sogar deren Vorformen in Gestalt von Wechselkursunionen, ohne politische Fundamentierung nicht überleben werden. Gerade Helmut Kohl war sich dessen immer bewußt.<sup>30</sup> Da es sich bei der Währungsunion um eine „hinkende Konstruktion“ handelt, wird ein umgekehrter Zusammenhang hergestellt: „Die Vollendung der Währungsunion ist ein entscheidender Beitrag zur immer engeren Union der Völker Europas“ (Genscher, BT 21045C). Für Kohl (BT 21055B) haben gemeinsame Währungen eine Katalysatorfunktion in wichtigen Bereichen der Politik. Joschka Fischer (BT 21073B) sieht im Euro eine „konstitutionelle Revolution“: „Denn er wird

<sup>26</sup> So auch Kohl (BT 21055B): „Was bisher wirtschaftlich erreicht wurde und was weiterhin erreicht werden kann, ist auf die Dauer nur zu bewahren, wenn es auch politisch abgesichert ist“.

<sup>27</sup> Ministerpräsident Biedenkopf hat zur Erläuterung die EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 9. Dezember 1992, die mit der des Bundesrates wortgleich ist, zitiert (BR 195): „Wir waren damals - so steht es im ersten Absatz der betreffenden Ziffer der EntschlieÙung - der Meinung, daß die Wirtschafts- und Währungsunion ein wichtiger Schritt zur Vertiefung der Integration im Rahmen der Europäischen Union sei - wörtlich -, die so bald wie möglich zur Politischen Union ausgestaltet werden sollte“.

<sup>28</sup> Biedenkopf (BR 194) beklagte, daß es noch nicht gelungen sei, die Einheit von politischer und wirtschaftlicher Union zu verwirklichen, „und daß wir ihr in Amsterdam nicht sehr viel näher gekommen sind. Ich kann hier Präsident Santer ebenso zitieren wie seinen Vorgänger Jacques Delors“.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu die Auslassungen Kohls zur Transferunion (Abschnitt IV.3.).

<sup>30</sup> Vgl. hierzu die Belegstellen in Hankel u.a. (1998), S. 27-31.

die Herausbildung eines handlungsfähigen europäischen Subjekts mit sich bringen, für das wir alle gemeinsam einstehen“. Allerdings nur - „wenn er (der Euro, d. Verf.) erfolgreich wird“. Wolfgang Schulhoff (CDU), der - als überzeugter Europäer - mit „Nein“ gestimmt hat, erinnert dagegen daran (BT 21161\*C), daß die jetzt vertretene „Sachzwangstrategie“ eine Umkehrung der bisherigen Position von CDU/CSU und F.D.P. bedeute: „Erst die politische Union, die auch von einer weitgehenden wirtschaftlichen Konvergenz der einzelnen Volkswirtschaften getragen werden mußte, mit einer gemeinsamen, unabhängigen Zentralbank, dann erst die gemeinsame Währung. Mit dem Maastrichter Vertrag wurden jedoch die Prioritäten richtungsweisend verschoben. Die gemeinsame Währung bekam jetzt eine andere Funktion. Mit ihr sollte nunmehr der noch stockende Integrationsprozeß quasi wie von einer Lokomotive gezogen werden. Obwohl dieser Gedanke nicht neu war, von den Franzosen immer wieder favorisiert, entsprach er nie der deutschen Position. Im Gegenteil, wir haben ihn aus triftigen ökonomischen Gründen immer vehement abgelehnt. Dies war auch die Haltung der Bundesregierung bis Ende der 80er Jahre“.

Wie problematisch die Sachzwangstrategie ist, hat Biedenkopf (BR 194f.) anhand der politischen Behandlung der Entschließungen von Bundestag und Bundesrat gezeigt. Bereits der von der früheren Bundesregierung erhoffte Sachzwang zwischen Währungsunion und Aufbrechen verkrusteter Strukturen auf den nationalen Arbeitsmärkten wird durch den politischen Glauben abgelöst, daß sich Arbeitsmarktprobleme lösen ließen, wenn die Politiker sich bloß in der richtigen makropolitischen Weise engagierten.

Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhards Staatssekretär für europäische Fragen, hat aus seinen Erfahrungen mit dem europäischen Integrationsprozeß folgende Erkenntnis gewonnen (1971, S. 261): „Die Hoffnung, wirtschaftliche Integration würde schon als solche zu einem politischen Zusammenwachsen der Länder führen, hat sich nicht erfüllt... Wer die politische Union will, muß sie, wie ich glaube, direkt angehen“.

## Literaturverzeichnis

Ausgewertet wurden das Protokoll der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23. April 1998 (Stenographischer Bericht, Plenarprotokoll 13/230) - im folgenden jeweils als BT zitiert - und das Protokoll der 724. Sitzung des Bundesrates vom 24. April 1998 (Stenographischer Bericht, Plenarprotokoll 724) - im folgenden jeweils als BR zitiert.

Duisenberg, Wim (1998), Europäische Währungsunion - Garant für Stabilität, Vortrag vor dem Wirtschaftsbeirat der Union, in München, am 24. August 1998, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank/Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 50, 27. August 1998, S. 14.

Hankel, Wilhelm; Nölling, Wilhelm; Schachtschneider, Karl Albrecht; Starbatty, Joachim (1998), Die Euro-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muß, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Irmeler, Heinrich (1972), Kreditrestriktion als aktuelles und als strukturelles Problem, „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, 23. Heft, S. 1068ff.

Müller-Armack, Alfred (1971), Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke, Tübingen.

Steuer, Werner (1997), Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt - ein wirksames Mittel zur Disziplinierung der Haushaltspolitik? In: Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Tübinger Diskussionsbeitrag Nr. 121, Dezember 1997.